



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/36 - 11. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Unzumutbare Forderungen</u> Der Wohnungsbauminister und die Gemeinden Von Dr. Julius Erecht, MdB	86
3	<u>Windstille zwischen Belgrad und Moskau</u> Vorerst zur Kombinationen an Jugoslawiens "Ostfront" Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	47
4	<u>Der Stil Dr. Jägers</u> Der Bundestagsvizepräsident und das Zweite Gebot	37
5 - 6	<u>Die Frau in der Demokratie</u> Interessante Begegnung in Bergneustadt	60
6	<u>Die Glosse:</u> <u>Jedem seinen Komplex!</u>	25

\* \* \*

Zur Beachtung: Die nächste Ausgabe des Sozialdemokratischen Presse-  
dienstes erscheint am Dienstag, dem 14. Februar 1961.

\* \* \*

### Unzumutbare Forderungen

Der Wohnungsbauminister und die Gemeinden

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Daß die Bundesregierung den Gemeinden gegenüber nicht sehr freundlich gesonnen ist, hat sie kürzlich in der Beantwortung und in der Diskussion der Großen Anfrage der SPD über die Gemeindefinanzen recht deutlich bestätigt. Man weiß auch von einigen Bundesministern, daß sie zu den Gemeinden kein sehr positives Verhältnis haben. Daß aber auch Wohnungsbauminister Lücke den Gemeinden gegenüber oft sehr kritisch eingestellt ist, muß wundernehmen, da er in der Durchführung seiner Wohnungspolitik ganz entscheidend auf die Gemeinden angewiesen ist. Zudem hat er auch sein Nebenamt, Präsident des Gemeindeverbandes zu sein, auch während seiner Ministertätigkeit beibehalten. Trotzdem steht in seiner neuen Propagandaschrift: Grundsätze, Leistungen, Aufgaben der Wohnungspolitik der Bundesregierung, die für die Wohnungspolitik der Bundesregierung werben soll, wieder einmal eine scharfe und bissige Kritik an der gemeindlichen Arbeit.

Es geht dabei - S.27 - um die Obdachlosenfürsorge, von der auch kürzlich schon einmal in der Fragestunde des Bundestages die Rede war. Da wird durchaus zutreffend gesagt, daß die Obdachlosenfürsorge keine Angelegenheit des Bundes, sondern eine polizeiliche Aufgabe der Gemeinden sei. Daran anschließend heißt es in der üblichen Selbstgefälligkeit, daß die Bundesregierung für den Wohnbau und für den Vorrang des sozialen Wohnungsbaues Sorge - den sie in Wirklichkeit von Jahr zu Jahr in ihrem Haushalt und in ihren Förderungsmaßnahmen abbaut. Aber im selben überheblichen Satz mit dem Eigenlob heißt es dann weiter: "... aber die Gemeinden, insbesondere die Großstädte, sollten und könnten mehr für die Unterbringung der Obdachlosen tun; denn nicht immer und überall ist der Bau neuer Rathäuser, neuer Stadthallen und Konzertsäle die wichtigste Aufgabe".

Wenn man das liest, glaubt man sich in das Ende der zwanziger Jahre versetzt, als der damalige Präsident der Reichsbank, Dr. Schacht, in seiner Einstellung gegen die Gemeinden ganz ähnliche Töne von sich gab. Aber hier spricht ja jetzt ein Bundesminister und zwar der Bundesminister, der in seinem Ressort besonders stark auf die Gemeinden und ihre ständige und bereitwillige Mitarbeit angewiesen ist. Statt dessen werden hier mit dem Urteil der Bonner Unfehlbarkeit und Überheblichkeit Zensuren ausgeteilt: die bösen Gemeinden, die noch schlimmeren Großstädte - dagegen die unantastbare und immer nur Gutes stiftende Bundesregierung.

Und die Wirklichkeit? Zur gleichen Zeit werden den Gemeinden im Haushalt des Wohnungsbauministers rund 300 Millionen, die für den sozialen Wohnungsbau bestimmt sind, nicht gegeben, weil sie für Wohnungsbauprämien abgezweigt werden. Und gleichzeitig soll den Gemeinden das Steueraufkommen aus Gewerbesteuern erheblich gekürzt werden - während hier gesagt wird, die Gemeinden müßten mehr für die Obdachlosenfürsorge tun. Und zur gleichen Zeit wird die Wohnraumbewirtschaftung in vielen Gemeinden viel zu früh aufgehoben und die Zahl der obdachlos werdenden Menschen durch den Abbau des Mieterschutzes (erweiterter Eigenbedarf!) vergrößert.

Gleichzeitig werden die gemeindlichen Verpflichtungen im neuen Planungsrecht erheblich ausgebaut, ohne daß den Gemeinden dazu etwa in einer Wertausgleichsabgabe entsprechende Mittel erschlossen werden, während die Gemeinden mehr für den Bodenvorrat aufwenden sollen. Das steckt doch voller Widersprüche und Gegensätzlichkeiten! Das hat doch überhaupt keine einheitliche Konzeption mehr - nur diejenige: Die Gemeinden zu kritisieren und zum Sündenbock zu stempeln, wo immer es möglich ist!

Wenn aber die Gemeinden, wie dies jetzt sehr weitgehend festzustellen ist, von Jahr zu Jahr mehr Mittel in ihren Haushalten für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues bereitstellen, können sie gar nicht von sich aus frei darüber bestimmen, für welche Art und Gruppe von Wohnungsbauten diese Mittel zu verwenden sind. Da sind sie sofort nach dem Wohnungsbaugesetz an die Vorränge und Ranggruppen und Berechtigtenstufen gebunden, die dort festgelegt sind, die nämlich nicht nur für die immer weniger werdenden Bundesmittel gelten, sondern ebenso auch für die Gemeindemittel. Daß diese einengende Bestimmung des II. WoBauG den Einsatz von Gemeindemitteln für den Wohnungsbau erheblich einschränkt, ist jedem klar, der nicht mit vorgefaßten Urteilen gegen die Gemeinden eingestellt ist. Auch die Gemeinden möchten selbst bestimmen, ob und wie die von ihnen für den Wohnungsbau eingesetzten Mittel für den Eigenheimbau oder für die Wohnungsvorsorgung der Normalverbraucher oder der Minderbemittelten in Miet- und Genossenschaftswohnungen usw. verwendet werden. Das will jede Gemeinde nach dem für sie geltenden unterschiedlichen Bedarf regeln. Das ist verständlich. Würde dem entsprochen, so würde sicherlich mit einem Schlage sehr viel von dem überflüssigen Dirigismus in der Wohnungsbauförderung beseitigt!

Der Wohnungsbauminister sollte deshalb die Gemeinden nicht weiterhin nur kritisieren und in ihrer gemeindlichen Tätigkeit reglementieren wollen, sondern er sollte ihnen eine größere Freiheit und Selbstentscheidung einräumen, wie sie der gemeindlichen Selbstverwaltung auch bei der Verwendung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau zukommt. Das wäre in dieser neuen Phase der Wohnungsbauförderung viel wichtiger und sinnvoller, als der vorzeitige und viel zu schnelle Abbau der anderen Maßnahmen. Damit könnte auch der neu auf uns zukommende Versuch vermieden werden, die Gemeinden schon wieder für etwas anderes verantwortlich zu machen, nämlich für die hohen Bodenpreise. Das scheint jetzt die neue Bonner Angriffswelle gegen die Gemeinden zu werden!

### Windstille zwischen Belgrad und Moskau

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Seitdem der "revisionistische Bannfluch" gegen Jugoslawien im November vergangenen Jahres von gleich 81 kommunistischen Parteien noch einmal feierlich bestätigt worden ist, blieb es trotzdem an der ideologischen Front zwischen Ostblock und Jugoslawien verhältnismäßig ruhig. Daß China und Albanien dabei aus der Reihe tanzten, überraschte kaum. Auch die Tatsache, daß sich der jugoslawische Nachbarstaat Albanien mehr subversiver Methoden denn ideologischer Argumente bediente, was ihm innerhalb von zwei Wochen vier Protestnoten seitens Belgrads einbrachte, war nicht aufsehenerregend. An anderen Frontabschnitten gab es dagegen höchstens kleine Scharmützel, wobei Belgrad eine kaum reaktionswürdige antijugoslawische Bemerkung des polnischen Parteichefs Gomulka zum Anlaß nahm, diesen und den Weltkommunismus daran zu erinnern, daß wie einst die Gefängnishaft Gomulkas so auch die jetzige Isolation Jugoslawiens innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nicht als das historisch endgültige Urteil gegenüber Belgrad angesehen werden darf.

Stärkere Beachtung fand dagegen auf diesem relativ ruhigen Hintergrund die jugoslawische Reaktion auf den erneuten sowjetischen Versuch, in einem Zeitschriftartikel vorgetragen, zwischen dem staatlichen Verhältnis und den ideologischen Beziehungen zwischen dem Ostblock und Jugoslawien zu unterscheiden. Diese recht bestimmte Ablehnung der Moskauer These, trotz des gewünschten "zwischenstaatlichen Waffenstillstandes" mit Tito-Jugoslawien die ideologische Auseinandersetzung mit dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens fortzusetzen, ist zwar auch nicht neu. Ob ihr dagegen eine aktuelle politische Bedeutung beikommt, die ihr manche Beobachterkreise hier zu geben suchen, muß vorerst noch offen bleiben.

Weniger herausgestellt als der bevorstehende Botschafterwechsel der USA vollzog sich bereits in Belgrad die Neubesetzung des sowjetischen Botschafterpostens. Obwohl man dem neuen Botschafter Jepischew keineswegs eine eigene Jugoslawien-Konzeption andichtet, möchten einige Kreise doch zwischen ihm und seinem Vorgänger Zamcewski differenzieren. Zamcewskis Amtszeit ist zwar normal ausgelaufen, die auf dem Höhepunkt der neuen antijugoslawischen Kampagne nach der Verabschiedung des neuen Parteiprogramms der jugoslawischen Kommunisten begann und zweifellos dadurch in gewissem Ausmaße bestimmt gewesen sein dürfte. Jepischew kommt dagegen aus Bukarest nach Belgrad. Und die Tatsache, daß Rumänien in der antijugoslawischen Kampagne stets in der Reihe der zurückhaltendsten Ostblockstaaten zu finden gewesen ist, versuchen manche Beobachter als ein günstiges Vorzeichen auch für Jepischews Wirken in Belgrad zu werten.

So interessant solche vorerst nur als Vermutungen zu klassifizierenden Vorgänge sein mögen, ist klar, daß auch nur der leichteste Wandel in der Politik der Sowjetunion gegenüber Jugoslawien in Moskau selbst entschieden wird und erst in zweiter Linie von den sowjetischen Repräsentanten in Belgrad abhängt. In jedem Falle verdient das zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Staaten insbesondere im Lichte der möglicherweise auftauenden Beziehungen Washington - Moskau gesteigertes Interesse.

Der Stil Dr. Jägers

"Jeder Politiker, der im Wahlkampf das Wort Christentum in den Mund nimmt, sollte sich darüber klar sein, dass er mit allem, was er sagt, an dem zweiten Gebot vorüber muss. Das aber lautet: Du sollst den Namen des Herrn, Deines Gottes, nicht unnütz führen" (Landesbischof Dr. Hans Lilje im "Sonntagsblatt").

sp - Noch steht der Bundesbürger im Vorfeld des Wahlkampfes um die im Herbst fällige Neubesetzung des Bundestages, doch die Töne, die von dort her heute schon kommen, müssen ihn erschrecken. Der beschwörende Neujahrsauftrag des Bundespräsidenten Dr. Lübke an die um die Macht ringenden Parteien, zu beweisen, dass wenigstens ein allgemeines Bemühen vorhanden ist, die Grundsätze demokratischen Lebens zur unantastbaren Grundlage zu machen, die Auseinandersetzung sachlich zu führen, ist noch in aller Erinnerung. Der Appell, bereit zu sein, auf den anderen zu hören und keine Verketzerung des Gegners zu betreiben, scheint jedoch bei manchen Politikern der Regierungspartei auf fruchtlosen Boden gefallen zu sein. Zu ihnen gehört der Vizepräsident des Bundestages, der CSU-Abgeordnete Dr. Jäger. Manche seiner Auslassungen über die SPD mögen als höchst eigenwillige Äußerungen eines von Demagogie nicht ganz freien Temperamentes noch hingenommen werden, nicht jedoch diese:

"Mit Adenauer habe Gott ein grosses Werk an unserem Volke getan und wir sollten uns davor hüten, Gott in die Hände zu pfuschen". (Zitiert nach einem Bericht über eine Jäger-Versammlung im Allgäuer Anzeigenblatt vom 17. Januar).

Woher nimmt Dr. Jäger das Recht, den Willen und Namen des Allerhöchsten mit der Politik seines Parteichefs zu identifizieren? Nach der Logik des Bundestagsvizepräsidenten pfuscht jeder Wähler, der sich aus wohl-erwogenen Gründen nicht für Dr. Adenauer entscheiden kann, in die Hände Gottes. Dr. Jäger mag es mit seinem Gewissen ausmachen, wie er mit dem zweiten Gebot fertig wird. Als Politiker muss man ihn fragen, ob er sich der ungeheuerlichen Beleidigung vieler Millionen Wähler bewusst ist, die er ihnen damit zugefügt hat. Gedenkt Herr Jäger, den Wahlkampf in diesem Stil zu führen? Ob er damit seiner Partei nutzt, mag dahingestellt sein, gewiss aber schadet er der deutschen Demokratie. Wer so spricht, hat das Maß für das Ganze verloren und schafft ein Klima, in dem sachliche Auseinandersetzung, Fairness und gegenseitige Achtung nicht gedeihen können. Er tut genau das, was unser Bundespräsident zu unterlassen bat: Den Gegner, den Weggefährten im Ringen um die beste deutsche Politik zu verketzern.

### Die Frau in der Demokratie

oe -. "Die Demokratie ist so stark oder so schwach, wie die Bürger sich ihr verbunden und verpflichtet fühlen". - Dieser Satz steht über der Arbeit der Heimvolkshochschule im idyllisch gelegenen Bergaustadt im Oberbergischen Kreis. Die Heimvolkshochschule, ein Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, wurde im Jahre 1955 erbaut und hat es sich zur Aufgabe gesetzt, dem deutschen Volke eine demokratische Lebenshaltung nahezubringen. Die Stiftung ist - wie bekannt - ein eingetragener Verein mit dem Sitz in Bonn und wird von Persönlichkeiten getragen, die sich um die Festigung der Demokratie und die Herstellung guter internationaler Beziehungen verdient gemacht haben. Ein Vorstand und ein Kuratorium leiten die überkonfessionelle und überparteiliche Arbeit in diesem Hause. Tagungen und Begegnungen behandeln die verschiedensten staatspolitischen Themen. Ausserdem werden Studenten aus den Entwicklungsländern für längere Zeit aufgenommen, um die deutschen Verhältnisse gründlich studieren zu können. Eine reichhaltige Bibliothek, die neuesten Zeitungen und ausgezeichnete Referenten stehen ihnen dafür zur Verfügung.

Für 1961 sind u.a. folgende Themen vorgesehen: "Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus", "Mensch und Wirtschaft", "Wirtschaft und Entwicklungshilfe", "Europäische Verantwortung für die Entwicklungsländer" und "Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft."

"Die Frau und die öffentliche Meinungsbildung" hiess das Thema, das in der vergangenen Woche auf dem Plan stand. In dem Frauenkursus trafen sich Journalistinnen, Psychologinnen und Politikerinnen. Sie waren aus allen Teilen der Bundesrepublik und Berlin gekommen, um in lebhaftem Erfahrungsaustausch mit namhaften Referenten zu diskutieren. Bekannte Journalisten wie Dr. Hans Schmidt, Bad Godesberg, Konrad Hammer, Berlin, Herwich Friedag, Berlin, Günter Markscheffel, Bonn, sowie der Leiter der Volkshochschule Heinz Junker nahmen zu dem Thema Stellung.

"Die goldene Regel aller Meinungsbildung ist, sich stets an das Gefühl zu wenden", betonte Heinz Junker in seinen Ausführungen zu "Psychologie der öffentlichen Meinungsbildung". Die Wirtschaftswerbung bewaise immer wieder, dass sich alle Menschen unterschwellig beeinflussen lassen, sei es bei der Reklame für eine Zigarette "Der Duft der weiten Welt", oder für ein Waschpulver "Das weisseste Weiss meines Lebens!" Konrad Hammer, Berlin, stellte fest, dass Frauen auch Veranstaltungen mit staatsbürgerlichem Charakter bejahen, wenn sie gut durchgeführt werden, während anschliessend Dr. Hans Schmidt, Bad Godesberg, zum Thema "Vorstellung und Wirklichkeit moderner Massenmedien (Presse, Funk, Fernsehen) eingehend Stellung nahm.

Auf die staatsbürgerlichen Pflichten der Frau ging am letzten Tage der Begegnung Günter Markscheffel Bonn, ein. Er begrüßte es, dass das Interesse der Frauen an den politischen Problemen in den letzten Jahren nachweisbar gewachsen sei und dass sich viele Frauen in zunehmender Masse für die Demokratie durch ihre Mitarbeit auf den verschiedenen Ebenen (Stadt, Land, Bund) verantwortlich fühlten. Dieser Gedankengang wurde in angeregten Diskussionen zwischen den Tagungsteilnehmerinnen immer wieder erhärtet. Den Journalistinnen kam zum Bewusstsein, dass sie die Politikerinnen in ihren Bemühungen um die staatsbürgerliche Mitarbeit der Frauen unterstützen müssen, wenn diese von Erfolg gekrönt sein sollen. Die Mitarbeit der Frauen muss eine gute Resonanz in der Presse, im Funk und im Fernsehen finden. In den Arbeitsgemeinschaften gaben sie den politisch tätigen Frauen brauchbare Ratschläge, wie sie die heutigen "Massenmedien" in geeigneter Form für die Frauenarbeit und für die Forderungen der Frauen interessieren können.

+ + +

Jedem seinen Komplex!

A.H. - Jedem seinen Komplex! Komplexe, wenn sie klein und niedrig sind, machen sympathisch, ist es doch angenehm, zu entdecken, dass andere Leute auch Hemmungen und Schwächen haben. Wer Komplexe hat, bleibt schliesslich auch bescheiden und trägt seine Vorzüge und Talente nicht dauernd wie auf einem Tablett vor sich her.

Aber es gibt auch böse, verhängnisvolle Komplexe, solche z.B. von denen andere wollen, dass wir sie haben. Tatsächlich, es gibt Leute, die wollen beispielsweise, dass wir uns schuldig und bekommen fühlen, weil es uns gut geht. Nur nicht hoffärtig werden im Wohlstand, sagen sie, als ob sie uns geschenkt hätten mit all den guten Dingen, die wir erworben haben. Von Arbeit, von Leistung, von Anspruch reden wir später, am besten überhaupt nicht. Der Wohlstand ist ein Geschenk des Himmels und der freien Marktwirtschaft. Versteht das, Leute, seid nicht unbescheiden, geht in euch, haltet Mass. Seid dankbar in Demut, und Vater Erhard wird euch glücklicher Zeiten entgegenführen.

Merkwürdig, es gibt da Leute, die haben noch viel mehr Geld und Wohlstand als wir, die wir so viele sind und doch nur ein Drittel vom gemeinsam gebackenen Wohlstandskuchen besitzen, man hat eigentlich nie gemerkt, dass diese Leute Komplexe, will sagen Schuldgefühl wegen ihres Wohlstandes haben. Wie machen die das bloss? Da stimmt doch irgendwas nicht, ihr Leute. Street lieber nicht nach solchen Komplexen, strebt nach Geld, nach viel Geld, damit kauft man ein reines Gewissen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel